

LANDKREIS CUXHAVEN

Feldweg wird als Abkürzung missbraucht

22|Schiffdorf



ERST TASTEN, DANN WÄHLEN
Blinde machen ihr Kreuz am Sonntag mit der Schablone. 18|Landkreis

SPANNUNG VOR AUSSCHUSS
Bekommt das Langener Gymnasium eine Oberstufe? 20|Geestland



Moin

Von Dörthe Schmidt



Märchen gibt es wirklich. Das weiß ich, seit ich eine Pilzwanderung vom Nabu mitgemacht habe. Das war so:

Mit wasserfesten Schuhen und einem Korb in der Hand streife ich durch den Wulsbütteler Wald und halte meine Augen offen. Gleich zu Beginn kommt ein Jäger auf unsere Gruppe zu: „Achtung, ich habe hier in der Nähe Wölfe gesehen. Passt auf!“ Klar, dass ich mich nach der Ansage sowieso wie Rotkäppchen höchstpersönlich fühle, aber die Situation hatte noch etwas anderes Märchenhaftes. Denn je länger ich dort zwischen Laub und Gehölz suche, desto mehr kleine und große Pilze fallen mir auf. Viel mehr, als ich vorher je wahrgenommen habe. So, als würden sie erst jetzt aus der Erde schießen. Aber am allerbesten an der Pilzsuche sind die Namen. Sie klingen, als wären sie direkt aus zwei Buchdeckeln in unsere Welt gepurzelt: Igel-Stachelbart, Gelber Hexenröhrling und – mein Favorit – Rauer Wulstling. Ich sehe ganz bildlich drei klobige Räuber vor mir, die ganz bestimmt schon einmal krumme Geschäfte mit der Knusperhexe oder dem Rumpelstilzchen gemacht haben. Und weil sie in ihrer Welt solche Rüpel waren, sind sie in unserer Welt nur unscheinbare, kleine Pilze. Gefunden habe ich übrigens fast ausschließlich Maronen – für blumigere Namen hat mein Anfängerglück nicht gereicht.

Heute Mahnfeuer

Weidetierhalter wettern gegen Wolfskonzept

OTTERNDORF/HIPSTEDT. Weidetierhalter in Niedersachsen sind auch mit dem neuen Wolfskonzept von Landes- und Bundesregierung unzufrieden und wollen heute wieder mit „Mahnfeuern“ – unter anderem in Otterndorf und Hipstedt – gegen die Ausbreitung der Raubtiere protestieren. Das Konzept sei ohne abschließende Beteiligung der betroffenen Verbände „aus der Schublade gezaubert“ worden, kritisierte das Landvolk Niedersachsen. Die Weidetierhalter sähen sich „missbraucht und hintergangen“, sie fühlten sich mit ihren Sorgen und Ängsten alleingelassen.

„Rasante Vermehrung“

Die „rasante Vermehrung“ der Wölfe habe inzwischen dazu geführt, dass diese Tiere in eng besiedelten Regionen ebenso anzutreffen seien wie auf den traditionell genutzten Grünlandstandorten, erklärte das Landvolk weiter. Nicht überall sei eine Einzäunung zum Schutz der Weidetiere möglich. Zudem überwänden die Raubtiere mittlerweile selbst zwei Meter hohe Schutzzäune.

Die Ankündigung von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) und Landesumweltminister Stefan Wenzel (Grüne), auch ganze Wolfsrudel – wie das im Cuxland – zu töten, bezeichnete das Landvolk als „Vernebelungstaktik“. Das von den Ministern Ende September vorgestellte Papier sieht unter anderem vor, dass auffällige Wölfe unter bestimmten Voraussetzungen getötet werden dürfen. Hierzu könne in letzter Konsequenz auch die „Entnahme“ eines Rudels gehören.

Vertreter des Umweltministeriums, der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises sowie der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf (DBBW) gucken sich gerade die Situation im Cuxland an. Heute soll es Infos geben. (epd, cd)

Flugplatz Nordholz: Anwalt schürt nach Urteil Zweifel an ziviler Nutzung – Hannover reagiert auf Kritik



Der Blick auf den Nordholzer Zivilflughafen: Links der Hangar, rechts das Abfertigungsgebäude. Foto Scheer

Airport droht neuer Ärger

Von Inga Hansen

NORDHOLZ. Nach dem abrupten Aus für die Mallorca-Flüge drohen dem Flughafen Nordholz nun neue Turbulenzen. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat Anwohnern recht gegeben, die gegen den Lärm durch die Militär-Hubschrauber geklagt haben. Was die Entscheidung bedeutet, darüber streiten die Experten. Klar ist, dass die Bundeswehr, die die Hubschrauber 2012 durch den Umzug des Marinefliegergeschwaders 5 nach Nordholz aufgestockt hat, nachbessern muss. Kläger-Anwalt Rolf Lappenbusch glaubt an ein Aus für zivile Flieger, im Wirtschaftsministerium in Hannover hält man dagegen: „Die zivile Nutzung kann unverändert weitergehen“, versichert eine Sprecherin.

Hintergrund ist ein jahrelanger Rechtsstreit der Militärs mit Anwohnern. Die Bundeswehr hatte nach dem letzten Strohalm ge-griffen und das Bundesverwaltungsgericht angerufen. Das hat jetzt entschieden – und eine Revision abgeschmettert. Der Beschluss der Leipziger Richter liegt der **NORDSEE-ZEITUNG** vor.

Damit ist das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg vom Frühjahr 2016 rechtskräftig. Das war den Militärs ein solcher Dorn im Auge, dass sie es am

liebsten vorm Bundesverwaltungsgericht gekippt hätten.

Geklagt hatte eine Nordholzerin, die in der Einfugschneise des Flughafens wohnt und sich über zu viel Lärm beschwert hatte. Vor allem, weil mit dem Marinefliegergeschwader 5, das 2012 von Kiel nach Nordholz verlegt wurde, weitere 20 Hubschrauber hinzu gekommen sind. Vor dem Verwaltungsgericht in Stade bekam sie 2014 recht. Die Bundeswehr zog daraufhin in die nächste Instanz. Auch in Lüneburg waren

sich die Juristen einig, dass für die Aufstockung des Marinefliegergeschwaders eine Extra-Genehmigung mitsamt einer umfangreichen Umweltverträglichkeitsprüfung nötig sei.

Mehr noch: Die niedersächsischen Verwaltungsrichter stellten fest, dass der Militärflugplatz in Nordholz nie genehmigt worden war. Der Grund: Eine förmliche Genehmigung für den Flughafen, dessen Ursprünge über 100 Jahre zurückliegen, hat es nie gegeben. Auch die Hilfskonstruktion des Luftverkehrsgesetzes, wonach alle deutschen Flughäfen, die bis zum 31. Dezember 1958 angelegt worden sind, als genehmigt betrachtet werden, passe nicht auf Nordholz, so die Juristen. Denn der Marinefliegerhorst sei erst 1959 neu entstanden.

Für Rechtsanwalt Rolf Lappenbusch, der auch für die Bürgerinitiative Nordholz/Spieka (Bins), die seit Jahren gegen die zivile Nutzung des Nordholzer Airports kämpft, der Knackpunkt an der Geschichte. „Der militärische

Flugbetrieb wird in jedem Fall weitergehen“, sagt er, „schon deshalb, weil es dabei um das übergeordnete Ziel der Landesverteidigung geht.“ Aber für Ferien- und Geschäftsflyer seien die Aussichten denkbar schlecht, sagt er. „Für die zivile Nutzung des Airports bedeutet das eigentlich das Aus“, sagt der Jurist. Denn die zivile Genehmigung fuße auf einer militärischen Genehmigung. „Und wenn die gar nicht existiert, sieht das schlecht aus.“

Bundeswehr will nachbessern

In Hannover hält man dagegen. Im Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts sei es nur um die zusätzlichen Hubschrauber gegangen, nicht um die Existenz des Flughafens an sich. „Und da muss die Bundeswehr jetzt nachbessern und sich um eine Genehmigung bemühen“, so eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums. Nach Informationen der **NORDSEE-ZEITUNG** sind die Militärs bereits eingeschwenkt und wollen diese Genehmigung nachholen.

Der Flughafen

Die Idee, die lange Landebahn des Marinefliegerstandorts für zivile Flüge zu nutzen, entstand in den 90er Jahren. 2002 wurde der „See-Flughafen Cuxhaven-Nordholz“ aus der Taufe gehoben.

In der **Betreibergesellschaft** hatten sich der Landkreis, die Stadt Cuxhaven, Nordholz und sieben Unternehmer zusammengeschlossen. Inzwischen hat der Kreis die Mehrheit der Anteile übernommen.

Die **Erweiterung des Flugplatzes** um das zivile Gelände hat damals fast 7 Millionen Euro gekostet. Zusammen 3,4 Millionen Euro hat der Kreis in die Verlängerung der Betriebsstraße und den Bau eines neuen Hangars gesteckt. Außerdem kommt der Kreis für die jährlichen Defizite des Airports – anfangs bis zu 500 000 Euro pro Jahr, heute etwa 150 000 Euro – auf.

Genehmigungsbehörde weist Schikane-Vorwurf zurück

Gründe für Ferienflieger-Stopp in Nordholz will Hannover nicht nennen – Ferlemann: Thema wird im Regionalausschuss behandelt

Von Christian Döscher

KREIS CUXHAVEN. Die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr weist den Vorwurf zurück, sie würde den Betreiber des Flughafens Nordholz „schikanieren“. Nach einem Testflug am 29. September hatte die Luftsicherheitsbehörde alle weiteren Flüge der Fluggesellschaft Germania nach Mallorca gestoppt. Ganz vom Tisch scheint das Projekt für 2018 aber nicht zu sein. Über die Gründe der Nicht-Genehmigung schweigt sich die Behörde weiter aus.

„Aus Sicherheitsgründen ist es leider nicht möglich, auf konkrete Gründe in der Öffentlichkeit einzugehen und diese zu benennen“, teilt Sabine Schlemmer-Kaune, Pressesprecherin des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums mit. Die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Hannover ist dem Ministerium untergeordnet. Verwiesen wird auf europarechtliche Verordnungen und auf nationale Regelungen wie das Luftsicherheitsgesetz und das Nationale Luftsicherheitsprogramm, in denen es um Zugangskontrollen, ausreichend geschultes Personal und vieles mehr geht.

» Hier in Nordholz steigen doch keine Taliban ein.«



Enak Ferlemann, CDU

ter unseren Beitrag zu einer positiven Regionalentwicklung leisten.“ Doch hinter den Kulissen fanden Anfang der Woche schon Gespräche mit Germania und dem Landkreis statt, der quasi Hauptbetreiber des Flughafens ist.

Germania-Direktor Claus Altenburg hatte in einem Interview mit der **NORDSEE-ZEITUNG** aus seinem Herzen keine Mordgrube gemacht und unter anderem gesagt, dass er sich als Flughafenbetreiber schikaniert vorkommen würde. Schon vor dem Testflug hatten die Nordholzer immer wieder Kritikpunkte der Luftsicherheitsbehörde nachgebessert. Ver-

gens. Germania lobt hingegen die Arbeit der Nordholzer und hält alle beim Testflug monierten Punkte für abstellbar. Nach Informationen der NZ soll diese Liste ca. 30 Mängel enthalten.

Altenburg fordert, dass alle Beteiligten an einen Tisch kommen müssten. Das halten auch örtliche Politiker für den besten Weg, um 2018 fliegen zu können. Uwe Santjer, SPD-Landtagsabgeordneter, will dabei gerne wieder vermitteln, „wenn es denn gewünscht wird“. Er betont, dass er sowohl in Nordholz als auch in Hannover engagierte Menschen sehe, die an einer Lösung arbeiteten. Den Vorwurf der „Schikane“ weist auch er zurück. Fachlich könne er nicht beurteilen, ob der Flughafen in der Lage sei, die Anforderungen zu erfüllen. Wenn er das könne, müsse man mit „voller Kraft voraus“ in die Zukunft denken – „wenn nicht, muss man sich auch eingestehen, dass es nicht geht“.

Enak Ferlemann (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, verweist auch nochmal auf die erhöhten Anforderungen und Auflagen nach einer Reihe von Terroran-

schlägen. Vielleicht sei der Flughafenbetreiber „da auch zu Beginn ein bisschen blauäugig an die Sache rangegangen“, so dass klar war, dass die Landesbehörde Nachbesserungen einfordere. „Die Behörde stellt sich aber auch ein bisschen an. Hier in Nordholz steigen doch keine Taliban ein.“ In Hannover sei man sehr streng, „vielleicht haben die kein Interesse, hier den Flugverkehr zu fördern“. So könne es schon sein, dass man Konkurrenz selbst für den Flughafen in Hannover befürchte. „Wenn Germania das hier hinkommt, lockt das auch andere an“, die dann Passagiere von woanders abziehen.

„Politischer Flankenschutz“

Ferlemann ist es wichtig, den Nordholzern „politischen Flankenschutz“ zu geben, deshalb will er das Thema in den Regionalplanungsausschuss des Kreistages bringen. Der tagt wieder am 25. Oktober. Auch in Hannover scheint die Tür noch nicht ganz zu: Maßgeblich für das Gelingen des Projektes in Nordholz sei „die Erfüllung der gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Vorgaben“.